



Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und  
Integrationsbeiräte Bayerns

## **Grußwort auf der Fachtagung der AGABY am 16. April 2016 in Würzburg: „Solidarität und Teilhabe. WIR können das!“**

*(es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, Frau Stamm, sehr geehrter Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung Martin Neumeyer, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herr Schuchardt, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Ausländern-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich begrüße Sie zu unserer diesjährigen Fachtagung im Rahmen des Projektes „Kommunale Integrationslandschaften Bayerns“. Wir freuen uns sehr, dass ein so fachkundiges wie engagiertes Publikum unserer Einladung gefolgt ist und bedanken uns beim Förderer des Projektes, dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration für die finanzielle Unterstützung. Bei der Stadt Würzburg und dem Ausländer- und Integrationsbeirat bedanken wir uns für die freundliche Aufnahme in dieser schönen fränkischen Stadt und die organisatorische Unterstützung. Danken möchte ich auch allen fleißigen Mitarbeiterinnen im Projektbüro und in der Geschäftsstelle der AGABY, die die Fachtagung organisiert haben. Aber Dank gilt auch Ihnen, die haupt- oder ehrenamtlich Ihren Samstag geopfert haben, um sich mit uns gemeinsam an Überlegungen zu beteiligen, wie unsere Städte und Gemeinden auch in der Zukunft ein demokratisches, friedliches und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen ermöglichen - unabhängig von ihrer ethnischen, religiösen und sozialer Herkunft.

Das letzte Jahr war kein einfaches Jahr. Kriege, Gewalt, Verfolgung und Terror haben Millionen Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Ein Teil dieser Menschen, und zwar der kleinere Teil, hat auf meist lebensgefährlichen Wegen Europa erreicht. Deutschland hat als eines der wenigen Länder Europas seine humanitäre Aufgabe ernst genommen und geflüchtete Menschen aufgenommen. Wir wissen alle, dass dies angesichts der großen Zahl eine sehr herausfordernde Aufgabe war und weiterhin ist. Aber Tausende engagierter Haupt- und Ehrenamtlicher, an den Grenzen und Bahnhöfen, in den Verwaltungen, bei der Polizei und dem Technischen Hilfsdienst, in den Schulen, in den Kirchen und Moscheen, in den Stadtvierteln und Vereinen haben dazu beigetragen, dass Großartiges geleistet wurde, dass Menschen untergebracht und erstversorgt worden sind.

Auch die ersten Integrationsmaßnahmen sind bereits angelaufen. Und das ist ganz wichtig: Die mittel- und langfristige Integration dieser Menschen muss ernst genommen werden. Und dafür sind an mancher Stelle auch spezifische Maßnahmen und zusätzliche Ressourcen notwendig. So ist es zu begrüßen, dass der Bund aber auch das Land Bayern hier zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt und Maßnahmen auf den Weg gebracht haben. Allerdings ist die Integration in unserem Land kein neues Thema.

Es geht immer noch darum, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um jene

Prozesse zu fördern, die Teilhabe und Zusammenhalt im Sinne einer inklusiven Einwanderungsgesellschaft ermöglichen. Es geht darum Menschen darin zu unterstützen, ihren Platz hier zu finden und Mitglieder dieser Gesellschaft zu werden. Eigentlich arbeiten wir seit Jahren ja Jahrzehnten daran. Die große Zahl der neuen Eingewanderten macht aber die Versäumnisse der Vergangenheit deutlich. Beispielsweise im Bildungssystem, in den Anerkennungs- und Vermittlungsprozessen oder auf dem Arbeitsmarkt und in der Wohnungspolitik.

Um kurz auf die Bildungspolitik einzugehen: Wir sind an unseren Schulen nur unzureichend in der Lage, durch individuelle Unterrichtsformen auch mit Heterogenität umzugehen. Das liegt unter anderem daran, dass wir es versäumt haben, in der Ausbildung der Lehrkräfte den Umgang mit Mehrsprachigkeit und fächerübergreifender Sprachförderung regulär einzubauen. Jetzt haben wir nicht genug qualifizierte Kräfte auch für die Integration von geflüchteten Kindern.

Was den die berufliche Qualifizierung angeht, so tun wir uns immer noch schwer damit, die im Ausland erworbenen Qualifikationen und Potenziale anzuerkennen. In den Arbeitsagenturen ist die interkulturelle Öffnung noch nicht ausreichend umgesetzt. Jetzt müssen wir uns jetzt unter enormen Zeitdruck Maßnahmen überlegen, die zum Teil mit viel zu heißer Nadel gestrickt sind.

Das Fehlen einer sozialen Wohnungsbaupolitik in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass es bezahlbare Wohnungen knapp sind. Das stellt sich jetzt als großes Problem heraus, sowohl wenn es um die Unterbringung von geflüchteten Menschen geht.

Zu betonen ist jedoch, dass diese Fehlentwicklungen keineswegs nur geflüchtete oder eingewanderte Menschen betreffen. Es gehört zu einer richtigen Integrationspolitik, dass alle und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen im Auge behalten werden.

Ein Versäumnis zeigt sich aber vor allem auch darin, dass rassistische Vorurteile und Einstellungen nicht konsequent bekämpft worden sind. Die Folgen sehen wir jetzt mit Pegida, AFD und sogar gewalttätigen Ausschreitungen gegen Geflüchtete.

Die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte, aber auch viele Fachstellen haben große Erfahrungen in den Integrationsprozessen. Sie kennen aus eigener Erfahrung die Barrieren. Sie wissen aber auch, welche Unterstützung hilfreich ist auf dem Weg in die hiesige Gesellschaft.

Gewiss sind Geflüchtete eine besondere Migrantengruppe. Sie sind nicht ganz freiwillig hier und können schreckliche Erlebnisse und Traumata im Gepäck haben. Aber darüber hinaus verbindet sie vieles mit allen anderen eingewanderten Menschen. Ihre Integration muss nicht neu erfunden werden. Wir können und müssen die Erfahrungen aus der Vergangenheit nutzen, um frühere Fehler zu vermeiden.

Unsere Fachtagung will diese bisherigen Erfahrungen nutzen und einen differenzierten Blick für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Integrationsmaßnahmen ermöglichen. Wie immer sehen wir die Menschen mit Migrationshintergrund selbst in besonderer Verantwortung, hier aktiv mitzureden und mitzugestalten. Dafür stehen Integrationsbeiräte. So freut es uns besonders, dass einige Kommunen neue Beiräte gegründet haben und einige kurz davor stehen.

Wir gratulieren dazu, dass dieses besondere Instrument einer partizipativen Integrationspolitik genutzt wird. Und wir erneuern unsere alte Forderung, dass in Bayern eine verbindliche Regelung sowohl in der Gemeindeordnung als auch auf Landesebene eingeführt wird. Damit die demokratische Mitwirkung der Ein- und Zugewanderten in einer gemeinsamen Gestaltung der Integrationspolitik wirksam werden kann. Wir gratulieren noch

einmal zu den Neugründungen und stehen als Dachverband der bayerischen Beiräte weiterhin zur Unterstützung Ihrer und eurer Arbeit zur Verfügung.

Nun wäre unser Blick sehr einseitig, wenn wir im Zusammenhang mit den Entwicklungen im letzten Jahr nur das Engagement und die positive Kraft in einem Teil der Gesellschaft sehen. Leider haben wir parallel zu dieser positiven Kraft und Entwicklung, ja zu dieser noch nie so da gewesene Willkommenskultur, ein beängstigendes Erstarken fremdenfeindlicher und rassistischer Positionen und eine unglaubliche Zunahme von rechter und rassistischer Gewalt. Neben tausenden Flüchtlingsinitiativen gibt es über tausend Anschläge auf Flüchtlingsunterkünften. Die Verunsicherungen in der Bevölkerung und die Wahlerfolge der rechtspopulistischen AFD sind ernst zu nehmen. Falsch ist es allerdings, wenn diffuse Ängste einfach nur übernommen oder rassistische Positionen sogar bestätigt werden. Damit meine ich ein immer repressiveres Asylrecht, wie im Asylpaket I und II geschehen. Es ist unglaublich wie über Nacht Länder mit repressiven Regimes zu sicheren Herkunftsländern umdefiniert werden. Selbst Afghanistan, ein von Krisen und Gewalt erschüttertes Land, soll diesen Titel erhalten. Es ist traurig, zu sehen, dass integrationspolitische Errungenschaften wie die Abschaffung der Residenzpflicht und das Sachleistungsprinzip in noch härteren Formen neu eingeführt werden.

Aus unserer Sicht ist es völlig unakzeptabel, Menschen auch nach ihrem Asylverfahren vorschreiben zu wollen, wo sie leben müssen. Erfahrungsgemäß kann eine räumliche Einschränkung die berufliche und soziale Integration verhindern. Regelungen, wie sie sowohl im bayerischen Gesetzentwurf als auch in den Eckpunkten des Integrationsgesetzes der Koalition vorgesehen sind, müssen abgelehnt werden. Es werden wieder die rhetorisch höchst provozierenden und integrationsfeindlichen Begriffe wie „Leitkultur“ aus der Mottenkiste herausgeholt. Wir Migrantinnen und Migranten wissen, dass dies Kontraproduktiv ist und warnen ausdrücklich davor.

Wir können uns nicht des Eindrucks erwehren, dass eben diese Gesetzentwürfe keine vernünftige Steuerung der Integration vorsehen und auch nicht die notwendigen Ressourcen und Rahmenbedingungen für Integration. Vielmehr scheint es darum zu gehen, Migrantinnen und Migranten unter pauschal zu unterstellen, sie wären integrationsunwillig. Ich frage mich, mit welchen Maßnahmen das Gesetz die Integrationswilligkeit derjenigen in der Mehrheitsbevölkerung fördern will, die nach deinen Wörtern, lieber Martin, die Integration ablehnen und damit meines Erachtens nicht mehr auf dem Boden der Verfassung und der bayerischen, deutschen und europäischen Werteordnung stehen, da sie die Menschenwürde und gleiche Menschenrechte unabhängig von der Herkunft nicht respektieren. Wir fördern und fordern wir hier die Einhaltung der Verfassungsnormen.

AGABY hat in einer ausführlichen Stellungnahme zum Entwurf des bayerischen Integrationsgesetzes Position bezogen und lehnt wie viele Akteure der Integrationsarbeit das Gesetz in der jetzigen Form ab. Aber wir sind in verschiedenen Gremien mit der Staatsregierung im Gespräch und hoffen, dass am Ende ein Gesetz verabschiedet wird, das wirklich dazu geeignet ist, die Rahmenbedingungen für die Integration zu verbessern. Ich glaube, wir werden heute noch weitere Gelegenheiten haben auch hierüber zu diskutieren.

Einer unserer Workshops beschäftigt sich mit dem Integrationsgesetz.

Weitere Workshops haben wichtige Themen, wie Arbeitsmarktintegration und Argumentationshilfen gegen rassistische Äußerungen zum Thema sowie die Rassismuskritische Jugendarbeit, die Gründung neuer Beiräte aber auch die Rolle und Möglichkeiten der Beiräte in der kommunalen Flüchtlingsarbeit. Ich wünsche uns allen einen lebhaften, kritischen und gewinnbringenden Austausch.